

MBI INFORMIERT

MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN
UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr. 5/13

MBI-Geschäftsstelle

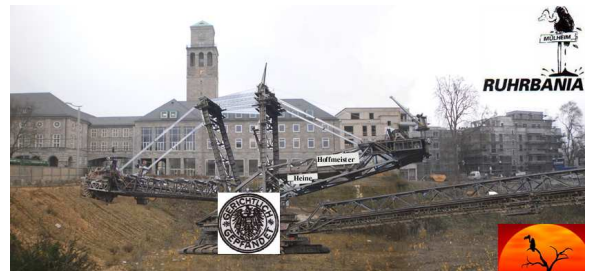
Kohlenkamp 1,
45468 Mülheim
Tel. 0208 - 3899810
Fax 0208 - 3899811

e-mail: mbi@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

Mülheim, einst "sympathische Stadt", in schwerer Krise!?

Die Heimatstadt der NRW-Ministerpräsidentin, eine kleine Großstadt, ist nicht nur **finanziell hoffnungslos überschuldet**, sie hat auch ein „grandios“ **gescheitertes Prestigeprojekt** „Ruhrbania“, das die eigene **Innenstadt ziemlich ruiniert** hat, und sie tut auch noch alles, um **die kommunale Demokratie aus den Angeln zu kippen**. Die Ratssitzung am 16.5. war irgendwie eine Bankrotterklärung der Mölmschen Demokratie. Der MBI-Antrag zur Schadensbegrenzung bei Ruhrbania wurde von der Tagesordnung gestimmt, während bereits abends auf der Westen.de nachzulesen war, dass die Baufirma Heine Insolvenz angemeldet hat, der Baubeginn auf Baufeld 2 sich also erneut und auf unbestimmte Zeit verschiebt. **Diese weitere Katastrophe für Ruhrbania war sicherlich den Ruhrbania-Strategen in Verwaltung und Parteien bekannt, doch sie wollten im Rat nicht einmal darüber reden**. Wie völlig abgehoben muss ein gewählter Stadtrat sein, wenn er sich weigert, über Probleme zu reden, die sich himmelschreiend und bedrohlich aufgetürmt haben. **Und Ruhrbania ist inzwischen ein Riesen-Fiasko!**



Der MBI-Antrag zur Schadensbegrenzung bei Ruhrbania wurde von der Tagesordnung gestimmt, während bereits abends auf der Westen.de nachzulesen war, dass die Baufirma Heine Insolvenz angemeldet hat, der Baubeginn auf Baufeld 2 sich also erneut und auf unbestimmte Zeit verschiebt. **Diese weitere Katastrophe für Ruhrbania war sicherlich den Ruhrbania-Strategen in Verwaltung und Parteien bekannt, doch sie wollten im Rat nicht einmal darüber reden**. Wie völlig abgehoben muss ein gewählter Stadtrat sein, wenn er sich weigert, über Probleme zu reden, die sich himmelschreiend und bedrohlich aufgetürmt haben. **Und Ruhrbania ist inzwischen ein Riesen-Fiasko!**

Bedenklicher Strafbefehl gegen MBI-Vertreterin ohne Grundlage und aufgehoben!

In der Serie von Strafanzeigen der Stadt Mülheim gegen MBI ler und kritisierende Bürger gab es am 13. Mai die mehr als bedenkliche Gerichtsverhandlung zu dem Strafbefehl gegen die MBI-Frau Annette Klövekorn. Das Verfahren musste vom Amtsgericht Mülheim eingestellt werden, da der laut Staatsanwaltschaft angeblich beleidigte und "geschädigte" Referent Beisiegel selbst in dem ursprünglichen Strafantrag von OB Mühlenfeld nicht angegeben worden war. Der von der Staatsanwaltschaft beantragte und vom Amtsgericht ausgestellte Strafbefehl von 750+60 • hatte damit keine Grundlage. Es dauerte einige Zeit, bis Richterin und Staatsanwältin das im Amtsgericht nachvollziehen wollten und dem Widerspruch der MBI-Vertreterin notgedrungen recht gaben. Kommentar in der WAZ zu der bedenklichen Geschichte:



Dünnhäutig

„In einer turbulenten Sitzung der Bezirksvertretung – es geht um den Tod unschuldiger Bäume – fällt ein frecher Satz, vielleicht auch nicht, der den Vorwurf der Bestechlichkeit enthalten könnte, es sei denn, jemand hat die Äußerung falsch verstanden.... Zweieinhalb Monate später stellt die OB einen Strafantrag, der in eine Geldstrafe von 750 • mündet. Man muss nicht MBI wählen, um diese Reaktion der Stadt dünnhäutig, überzogen zu finden. Hier wurde kräftig auf den Tisch gehauen, doch Ruhe gab es nicht. Im Gegenteil. Nach dem juristischen Formfehler ist nun das letzte Wort möglicherweise immer noch nicht gesprochen. Oje.“

Im Protokoll der fraglichen BV-Sitzung tauchte übrigens nichts des Ganzen auf. Dennoch stellte die OB Strafanzeige. Und eigentlich hätte mit der Richtigstellung von Frau Klövekorn bereits in der Sitzung alles erledigt sein müssen. Der nun aufgehobene Strafbefehl gegen die MBI-Frau ist leider kein Einzelfall. Erinnert sei an den Strafbefehl Ende letzten Jahres gegen den Klöttschen-Anwohner, der die Mülheimer Verkehrsplaner als "totale Versager" bezeichnet hatte. Weitere Verfahren sind noch anhängig.

Auf den folgenden Seiten:

- Städtetag in Frankfurt für die kommunale Daseinsvorsorge! Und Mülheim irgendwie im Abseits!..... S. 2
- Dönnebrink als BHM- und medl-Chef in Personalunion? Kein Interessenskonflikt? Wie bitte? S. 3
- Vierte Gesamtschule an die Bruchstraße? Und welche Schule dafür schließen? S. 4

Einlegeblatt: **Kaufhof kaufen oder die Ruine nicht kaufen? Wozu?! Für Hoffmeister?**

MBI fordern die Gesamtüberarbeitung der Ruhrbania-Planungen zur Schadensbegrenzung des Fiaskos!!

Städtetag in Frankfurt für die kommunale Daseinsvorsorge!

Kurzbericht von einem denkwürdigen Deutschen Städtetag:

Vom 23 bis 25. April fand der 37. Deutsche Städtetag in Frankfurt/Main statt unter dem Motto „**Europa stärken – für seine Bürgerinnen und Bürger, für seine Städte**“. Ein zentrales Thema war die geplante EU-Richtlinie zur Wasserprivatisierung (siehe auch nä. Seite oben). Der Städtetag forderte ohne Gegenstimme, dass diese nicht in Kraft treten soll. Auch Frau Merkel, die eine lange Rede hielt, versprach, diesen Punkt zu überdenken. Bisher war die FDP für die Bundesregierung federführend und für die Richtlinie. Neuer Präsident des Städtetags ist der Nürnberger OB Maly. Der machte sich in seiner Antrittsrede stark für die gesamte Daseinsvorsorge in kommunaler Hand. Er sprach nicht nur davon, dass die Städte endlich mehr Respekt für die Errungenschaften der kommunalen Daseinsvorsorge einfordern müssen, er erwähnte auch notwendige Hilfen für (Re)Kommunalisierung der Grundversorgung hier und in anderen EU-Ländern.

Das sind völlig neue Töne nach jahrelangem Hochjubeln der Total-Liberalisierung und Privatisierung gerade seitens der EU, aber auch der meisten sie tragenden nationalen Regierungen.

Sicherlich bekommen viele Stadtväter und –mütter zu Recht Angst, dass ihre Kommunen bei weiterer Privatisierung der Daseinsvorsorge in Strudel hineingerissen werden könnten, die das Funktionieren beeinträchtigen könnten. Keine/r glaubt wohl mehr an die alten Heilsversprechen des Neoliberalismus, dass ein Privater alles besser, billiger und zuverlässiger macht als die Kommune selbst. Auch die Radikal-Privatisierung wie z.B. in Ungarn, Rumänien oder Bulgarien ist sehr abschreckend. In Bulgarien gab es zuletzt große Unruhen, weil ein Großteil der Bevölkerung z.B. die hohen Strompreise usw. an die privaten Firmen nicht mehr zahlen kann.

Mülheim/Ruhr, irgendwie im Abseits?

In unserer Stadt Mülheim ist bereits ein Großteil der Daseinsvorsorge (teil-)privatisiert: Die Ver- und Entsorgung wie Müllabfuhr und Straßenreinigung mit noch 51% Stadt, ebenso die Gas- und Fernwärmeversorgung, bei der Abwasserbeseitigung hat die Stadt noch 25%, die Stromkonzession wurde vorletztes Jahr lange vor Ablauf der Konzession wieder ans RWE gegeben, 3 große Schulen, Feuerwehr, Medienhaus, Restrathaus, Haus der Stadtgeschichte, Haus der Wirtschaft, um ein Haar das frisch sanierte Altenheim, geplant nun Kindergärten usw. alle mit PPP langfristig „rück“-angemietet und am schlimmsten:

Beim regionalen Wasserversorger RWW mit Sitz in Mülheim besitzt das RWE 80%, also kommunal nicht einmal mehr die Sperrminorität. Das RWE hat seine Tochter RWW bereits soweit „ausgeschlachtet“ wie nur möglich und zuletzt eine neue Preisstruktur eingeführt mit 50% Grundgebühr pro Haushalt. Da das RWE selbst sich irrwitzig verschuldet hat (34 Milliarden • z.Zt.), wird es viele Töchter verkaufen zur Rettung der Mutter. Das RWW mit seinem für Private hochattraktivem neuen „System“preis ist sicherlich ein wichtiges Pfund im RWE-Kalkül.

Unabhängig davon, dass die Mülheimer OB als RWE-Aufsichtsrätin sehr deutlich die Interessen des Konzerns vertreten muss und vertritt, ist ihre fast vollständig durchprivatisierte Stadt derart finanziell hoffnungslos überverschuldet, dass sie wohl außerstande sein wird, das RWW zu rekommunalisieren.

Die Epoche der hemmungslosen Privatisierung im EU-Kontext wird von den Städten nicht weiter mitgetragen. Es war auch kein Zufall, dass an den Infoständen der „Sponsoren“ des Städtetags dieses Mal mit Remondis nur noch eine Firma dafür warb, in dem Falle für PPP. Anders als bei den Städtetagen zuvor keine Beraterfirmen, Anwaltsbüros etc. mehr zu diesem zentralen Bereich für die Städte. (Auch nicht die bei früheren Städtetagen unvermeidliche Frau Dr. Jasper)

Der scheidende Städtetagspräsident Uhde ließ über das neue Präsidium abstimmen.

Bei den Stellvertreter/innen hatte er doch glatt eine ausgelassen, die wiedergewählt werden sollte: Frau Mühlenfeld aus Mülheim/Ruhr. So musste er extra für sie nachträglich noch einmal abstimmen lassen. Uhde wird womöglich nicht einmal gewusst haben, dass sie in der Presse vor Ort zwar die Linie des Städtetags vertritt gegen Wasserprivatisierung, aber unterschlägt, dass dies in ihrer Stadt längst Realität ist. Auch Frau Mühlenfeld möchte die



Wasserversorgung nicht als reines Renditeobjekt, was auch die Qualität bedrohe. Nur: In Mülheim
Deshalb war der Lapsus des Herrn Uhde aus Mülheimer Sicht auch ein Schmunzeln wert, ganz so als habe der Gott des Wassers (Aquarius o.ä.) dem Münchener OB sein Blatt genau bei der leicht scheinheiligen Mölmschen OB so verwässert, damit ihr Name unlesbar war.

Für „Wasser und sanitäre Grundversorgung sind ein Menschenrecht! Wasser ist ein öffentliches Gut und keine Handelsware!“ sammelt die allererste EBI (Europäische Bürgerinitiative) online bis Ende Sept. 2013 Unterschriften, um die bereits beschlossene EU-Richtlinie zu Fall zu bringen. 1,4 Millionen EU-Bürger haben bisher alleine online gezeichnet. Die Bedingungen für eine solche Petition an die EU sind allerdings recht kompliziert.



Anfang Mai wurde die letzte Hürde genommen. Luxemburg, Finnland und Litauen hatten als sechstes bis achtes Land das Mindestquorum erreicht. Zuvor hatten Deutschland, Österreich, Belgien, Slowenien und die Slowakei bereits das Quorum erlangt. Die formalen Anforderungen für eine Anhörung durch die EU-Kommission – mindestens 1 Million Unterschriften europaweit und mindestens 7 Länder mit Mindestquorum (Anzahl der EU-Parlamentarier pro Land x 750) sind erfüllt.

Unterschriftenlisten gibt es übrigens auch in der MBI-Geschäftsstelle, Kohlenkamp 1

Laut WAZ hat das **Oberverwaltungsgericht Münster (OVG) den Bebauungsplan Düsseldorf Straße/Alte Straße aufgehoben.** Dieser B-Plan war aufgestellt worden, um nach Aldi, LIDL usw. dort weitere Ausbreitung von Einzelhandel zu verhindern, um so das "Dorf" Saarn zu schützen. Geklagt hatte eine GmbH, die dort Grundstücke besitzt. Das Gericht bemängelte laut WAZ grundsätzliche Ausfertigungsmängel des B-Plans – genau wie beim U 17 "Fünferweg" – und außerdem, dass der Masterplan „Zentren und Einzelhandel“, auf den sich der Ausschluss weiteren Einzelhandels beruft, wenig Aussagekraft besitze. Kurzum: **Erneut schallende Ohrfeigen für die Stadt durch das OVG!**

Dönnebrink als BHM- und medl-Chef in Personalunion?

Kein Interessenskonflikt? Wie bitte? Warum Jahre vorab?

Mülheim und das RWE: Eine privatisierte Stadt treibt seltsame Blüten, außer demokratische

Der Geschäftsführer der BHM (Beteiligungsholding Mülheim, 100% Stadt) wird ab Juli 2015 gleichzeitig städtischer Geschäftsführer der Gasgesellschaft medl (51% Stadt, 49% RWE). Das beschloss der Rat am 16.5.13. Der jetzige medl-Chef Bachmann soll dafür 1 Jahr früher in Rente gehen, also 2015 statt 2016. Es handelt sich um die beiden höchstbezahlten Posten der Stadt Mülheim, abgesehen von der Sparkasse, die auch als einzige ihre Spitzengehälter immer noch nicht offengelegt hat, genau wie medl-Chef Bachmann. Dessen ca. 220.000 •-Jahresgehalt kam aber im Zusammenhang mit dem o.g. Postengeschacher doch an die Öffentlichkeit. BHM-Chef Dönnebrink verdient heute ca. 200.000 •.

Die BHM hält die medl-Anteile der Stadt. Der BHM-Chef kontrolliert sich als medl-Chef also selbst. **Dieser objektiv bestehende Interessenskonflikt kann auch durch keine Hilfskonstruktionen, bereinigt werden, etwa eine Art 4-Augen-Prinzip bzgl. medl bei der BHM oder dass Dönnebrink in der Gesellschafterversammlung der medl nicht als BHM-Vertreter stimmen darf!**

- ◆ Warum aber musste über 3 Jahre vorher bereits beschlossen werden, wer Bachmanns Nachfolger wird, egal ob mit letzterem ein Deal gemacht wurde, 1 Jahr früher in Ruhestand zu gehen?

Dazu sollte man folgendes bedenken:

- 1.) Ende 2015 laufen die medl-Verträge mit RWE aus
- 2.) **2014 sind Kommunalwahlen und 2015 OB-Wahlen**

Dem RWE kann diese Vorab-Bestellung des städt. medl-Geschäftsführers nur mehr als recht sein, egal was genau der hoch verschuldete Konzern in Zukunft mit der medl vorhat. Auch dass Herr Dönnebrink früher für das RWE gearbeitet hat, wird dem Konzern sicher nicht in die Quere kommen. Der gesamte Geschäftsführer-Deal erinnert sehr an die vorzeitige Verlängerung der Stromkonzession in 2011 mit dem RWE, nämlich strategische Entscheidungen bereits vorab fällen zu lassen! 2012 wurde dann zusätzlich beschlossen, dass der Aufsichtsrat der medl nicht mehr über die medl-Preise entscheidet!

Dass die neuerliche Entscheidung zur Personalunion von BHM- und medl-Chef unabhängig vom RWE erdacht sein könnte, ist also recht unwahrscheinlich

Selbst wenn Frau Mühlenfeld, heute RWE-Aufsichtsrätin und medl-Aufsichtsratsvorsitzende gleichzeitig, 2015 nicht als OB bestätigt und wiedergewählt würde, kann mit der vorzeitigen Geschäftsführerbestellung für die medl sicher gestellt werden, dass die demokratischen Wahlen – weder die Kommunalwahl 2014, noch die OB-Wahl 2015 – Einfluss auf die medl-Politik haben könnten, ebenso wenig, dass die medl-Zukunft im Wahlkampf thematisiert wird oder werden kann. Und das liegt hauptsächlich im Interesse des anderen Gesellschafters RWE, nicht der Stadt!

4. Gesamtschule an die Bruchstraße? Und welche Schule dafür schließen?



Die Hauptschule an der Bruchstr. darf keine Eingangsklasse mehr bilden, weil es nur noch 15 Anmeldungen gab. Das hat die Bezirksregierung (RP) verfügt. Der Rat der Stadt musste dann die sukzessive Auflösung der Schule beschließen. Hätte der Rat dies nicht getan, würde der RP das laut gültigem Schulgesetz anordnen.

Das Bedenkliche dabei ist nur, dass der erfolgreiche Bürgerentscheid von letztem Jahr, für den sich neben SPD, Linken und MLPD auch Frau OB Mühlenfeld und Frau Ministerpräsidentin Kraft stark machten, bekanntlich zwar mindestens 2 Jahre Bindewirkung hat, in der Realität aber nicht umgesetzt werden kann.



Der RP schreibt dazu: „Ich gehe davon aus, dass aufgrund dieser eindeutigen schulrechtlichen Situation das Bürgerbegehren aus dem Jahre 2012 einem solchen Beschluss (Anm. Ratsbeschluss zur sukzessiven Auflösung der Schule) nicht entgegenstehen darf.“

Die Anmeldezahlen zur HS Bruchstr. waren auch in den Vorjahren nicht bedeutend höher, so dass es sich um keine Ausnahmesituation handelt. Laut Schulgesetz § 82 Abs. 3 müssen Hauptschulen mindestens zwei Parallelklassen pro Jahrgang haben, Klassenfrequenzrichtwert 24 pro Klasse. Da die 15 Anmeldungen auf die verbliebene Hauptschule Hexbachtal, theoretisch auch zur Gesamtschule Saarn oder an eine der drei Realschulen umgemeldet werden können, ist auch keine unzumutbare Härte festzustellen.

Es gibt also auch keine rechtlichen Möglichkeiten auf Ausnahmeregelungen zum Erhalt dieser Hauptschule, die sich jetzt Max-Kölges-Schule nennt.

Das „Bündnis für Bildung“, das in Wirklichkeit einzig ein Bündnis für den Erhalt des Schulstandorts Bruchstr. ist, fordert nun, eine Gesamtschule an der Bruchstraße zu errichten. Selbst die SPD hält dies für unrealistisch, weshalb sie einen Teilstandort vorschlägt. Also z.B. eine Art Stufenschule etwa in Kooperation mit der Gustav-Heinemann-Gesamtschule. Ob die das mitspielen würde, kann man durchaus und aus vielerlei Gründen bezweifeln.

Wenn der Standort Bruchstraße als weiterführende Schule auch in Zukunft existieren soll, dann bliebe am wahrscheinlichsten nur eine Sekundarschule, also eine Gesamtschule ohne Oberstufe. Dafür müsste aber die HS Bruchstr. mit einer Realschule zusammengehen, am Sinnvollsten die an der nahen Mellinghofer Str., theoretisch auch die Realschule Stadtmitte. Beide wollen aber definitiv nicht und das nicht erst seit heute. Dies war nämlich schon über Jahre das Problem der „Zukunfts“-schule von Hochtief und Frau Mühlenfeld. **Das wusste das Bündnis auch lange vor dem Bürgerentscheid. Deshalb ließ man die Frage nach der Schulform bei Auslaufen der Hauptschule auch sehr vage im Raume stehen. Erst einmal sollte diese angeblich so vorbildliche und vom Land ausgezeichnete Hauptschule weiterbestehen. Keine andere Mülheimer Schule hat auch derart viel Unterstützung von außen bekommen wie diese Hauptschule. Nur es half alles nichts, da zwar 17.000 für den Erhalt stimmten, aber nur 15 Eltern ihr Kind dort anmelden wollten. Auch das war genau genommen keine Überraschung, weil seit Jahren ähnlich und zudem im Trend aller Ruhrgebietsstädte. Das hat seine Gründe und Ursachen, ob man die mag oder nicht.**

Nach dem unvermeidlichen Auslaufen der Hauptschule eine Schulneugründung für diesen Standort zu unternehmen, würde die Mülheimer Schullandschaft ohne wirkliche Not durcheinander wirbeln. Ob die Schulbehörde in Düsseldorf dies genehmigen würde, ist unwahrscheinlich. Selbst wenn, wäre es ungewiss, ob sich bei insgesamt stadtweit rückläufigen Schülerzahlen genügend Schüler für eine zusätzliche Gesamtschule an der Bruchstraße finden würden (mind. 4 Züge sind für eine Gesamtschule erforderlich!). Das Bündnis für den Schulstandort Bruchstr. beruft sich bei ihrem neuerlichen Ziel der 4. Gesamtschule darauf, dass es jährlich bisher viel mehr Anmeldungen für Gesamtschulen gab als Plätze. Doch man kann diese nicht einfach auf eine zusätzliche Gesamtschule verteilen, wegen der vielen auswärtigen Anmeldungen (132 dieses Jahr), wegen der Anmeldeschwäche der Gesamtschule Saarn, aber auch wegen rückläufiger Schülerzahlen insgesamt und damit auch der Gesamtschulanmeldungen (in 2013 46 weniger als im Vorjahr).

Kaufhof kaufen oder die Ruine nicht kaufen?

**Das ist die Frage, zumindest die des Herrn Wiechering!
Die MBI aber fordern die Gesamtüberarbeitung der
Ruhrbania-Planungen zur Schadensbegrenzung!**



Der Kaufhof gehörte einst zum Nachkriegs-Mülheim wie die Ruhr. Das Gebäude, außer dem potthäßlichen Parkhaus (Bild rechts), passte auch zum Rathaus dahinter und es gehörte zu der sog. Knochenstruktur der Mölmschen Innenstadt mit Citycenter (heute



Forum) an einem und dem Kaufhof am anderen Ende, die Fußgängerzone (die erste ihrer Art weit und breit!) dazwischen. Bis in die 90er Jahre war der Kaufhof auch mit vielfältigem Sortiment recht gut besucht.



Nun steht er schon seit 3 Jahren leer, da alle Wiederbelebungsversuche scheiterten und so bietet das Riesengebäude am Eingang zum „Strategie“-projekt Ruhrbania mit dessen Unförmigkeiten und Trümmern, ein Bild des Zerfalls im Herzen der Stadt.

Davor die neu gebaute zentrale ÖPNV-Haltestelle der Stadt, dahinter das für 50 Mio. aufgehübschte Restrathaus, auf der anderen Seite das leerstehende Parkhaus und der Blick auf die Luxuswohnungen des umgebauten ex-Stadtbads inkl. des leerstehenden Tengelmann-Rundvorbaus, aber auch auf die seit Jahren unverkäuflichen des Stadtbadanbau-Neubaus am 4-Mio. teuren Hafenbecken und zu guter Letzt der Blick auf den ans Rathaus angebauten Ruhrbania-Klotz aus Baufeld 1. Ein insgesamt bereits sehr uneinheitliches Bild, auch ohne



die Kaufhofruine. Doch die stört am meisten, auch weil rund herum der Leerstand blüht. Noch mehr stört sie die Ruhrbania-Verfechter, denn sie haben Angst, dass mit der Ruine aus ihrer ach so schön gedachten Flaniermeile („Ruhrpromenade“) nach all den Fehlschlägen überhaupt nichts wird. Am meisten aber stört das leerstehende ex-Kaufhaus natürlich den Eigentümer Hoffmeister, der sich damit verspekuliert hat.

Jetzt soll also nach den Vorstellungen des SPD-Oberplaners seit Jahrzehnten, Herrn Wiechering, die Stadt dem Immobilienhändler den Kaufhof abkaufen und die anderen Ruhrbania-Verfechter CDU und FDP begrüßen das laut NRZ, die Grünen (noch) nicht. Die MBI lehnen das strikt ab und sie fordern eine Gesamtüberplanung des B-Plans „Ruhrpromenade – Innenstadt 31“ inkl. der Überarbeitung des gesamten unausgegorenen Ruhrbania-Verkehrskonzeptes. Nachdem im März das gesamte Debakel offensichtlich wurde – unpassender Klotz Baufeld 1, Abspringen von 2 der 3 Investoren Baufeld 2, Abspringen von Rosco als Kaufhofinvestor – haben die MBI den Antrag dazu gestellt, doch der zuständige Planungsausschuss wollte nicht einmal darüber reden und stimmte den Antrag von der Tagesordnung. Unfassbar!

10 Jahre dauert bereits das Ruhrbania-Gemurkse und fast alles klappt nicht trotz gigantisch hoher Aber-und-Aber-Millionen-Vorleistungen der Stadt. Auf die Idee zu kommen, dass an den Plänen was grundsätzlicher faul bzw. falsch gewesen sein muss, dagegen sträuben sich die Damen und Herren mit Händen und Füßen. Die MBI und viele Bürger haben das Fiasko genauso immer und immer wieder vorhergesagt und sie wurden als nörgelnde angebliche Minderheit in die Ecke gestellt, obwohl 2 bürokratisch abgebugelte Bürgerbegehren überdeutlich zeigten, was die Mehrheit wollte und auch sah. Doch egal: Jetzt mit dem Kaufhofklotz das gleiche Spiel zu wiederholen, ist finanziell absolut nicht mehr drin und macht auch keinen Sinn ohne ein runderneuertes Gesamtkonzept!

Ob man es nun sagt oder nicht, das vorgebliche Ruhrbania-Konzept, die Stadt mehr an den Fluß zu bringen, ist gescheitert. Wer sich z.B. den ans Reistrathaus angebauten gelben Klotz ansieht, erkennt eher einen Riegel als eine Anbindung an die Ruhr, unabhängig von der gestörten Ästhetik. Auch wenn der Kaufhof beseitigt würde, wird vieles sicher nicht von selbst besser, kann auch z.T. nicht mehr.

Der Projektentwickler Rosco kam im Kaufhof u.a. deshalb nicht zu Potte, weil die neue Ruhrbania-Verkehrsführung unstimmig ist. Kondor Wessels scheiterte mit den Plänen für ein 4 oder 5-Sterne-Hotel, weil es dafür keinen Bedarf gibt. Genauso scheiterten sie und später der MWB an den Ärztehausplänen, weil an den real existierenden Ärzten vorbeigeplant. Die Stadt ihrerseits erließ Vivacon die Tiefgarage für die neuen Stadtbadbewohner, sie erlaubte Kondor Wessels und demnächst dem MWB alles Zusätzliche oder Billigere und blamierte sich selbst bis auf die Knochen mit dem Denkmal(neubau!) der 6 Mio. teuren Rotunde im dann zugebauten Innenhof noch mehr als bereits beim 4 Mio. teuren Plansch- bzw. Hafenbecken, alias Wasserwanderrastplatz, von dem Drama um die vielen altehrwürdigen Bäume ganz zu schweigen (bisher wurden bereits weit über 200 Innenstadt bäume dem Prestigeprojekt geopfert!). Angefangen hatte diese völlig unzeitgemäße Betonwüste Innenstadt übrigens 2006 mit der Platanenreihe an der Leineweberstr. vor dem Kaufhofparkhaus für einen wenig stimmigen neuen Rechtsabbieger in die Rest-Ruhrstraße, womit dann das häßliche Kaufhofparkhaus gänzlich freigelegt wurde.



Später war das Gebäude in all seiner Häßlichkeit wenigstens jahrelang geschmückt mit großen Bildern Mülheimer Menschen. Man vergleiche das Bild links aus 2008 mit dem oben rechts auf der Vorderseite aus Ende 2012 und schau genau hin, wieviele Menschen dort 2008 zu sehen sind im Gegensatz zu heute.

Der Mensch im Bild rechts unten auf dem Parkhaus trug ein Schild vor der Brust mit „Kein Erfolgsdruck beim Denken!“ Das haben die Mölmschen Ruhrbania-Strategen aber nie ernst genommen!

Eine nicht unwichtige Fragestellung ist die nach Ursachen und Fehlern, die zu der städtebaulich verheerenden Situation im Eingangsbereich der Stadt führten. Das Ruhrbania-Konzept ist dabei nur der letzte Baustein einer Abfolge von massiven, z.T. dummen Fehlentscheidungen:

Nach dem Neckermann-Ende in den 80er Jahren die zentrale ÖPNV-Haltestelle mitten in die Leineweberstr. zu legen und gleichzeitig Ruhr- und Friedrich-Ebert-Str. zu gegenläufigen Einbahnstraßen zu machen, war ein fataler Fehler auch für den Kaufhof! Der sollte Mitte der 90er im Zs.hang mit dem CentrO-Bau bereits geschlossen werden. Das verhinderte die Heimatverbundenheit des damaligen Metrochefs Beisheim. Dafür wurde versprochen, den ÖPNV wieder vor den Kaufhof zu legen. Das wurde von Schwarz-Grün auch 1995 beschlossen mit dem **Konzept der Verkehrsinitiativen MIV**. Doch Verwaltung und SPD blockierten alles, bis 2003 Frau Mühlenfeld Nachfolgerin des abgängigen Baganz wurde. Dann wurde zu deren Hauptprojekt Ruhrbania ein Verkehrskonzept erdacht, das in Teilen zwar das MIV-Konzept übernahm, aber ohne die anwohnerfreie Ruhrstr., die nach MIV Verkehr in beide Richtungen aufnehmen sollte, wenn die zentrale ÖPNV-Haltestelle wieder vor dem Kaufhof den Individualverkehr aus der Friedrich-Ebert-Str. verbannen musste. Ein erneuter Riesenfehler und das endgültige Aus für den Kaufhof nach jahrelangen Großbaustellen. Zwar war die ÖPNV-Haltestelle mit über 10 Jahren Verspätung wieder vor dem Kaufhaus, doch war nun die IV-Anbindung zum entscheidenden Nachteil gemacht worden. **Ein ganz fataler Fehler!**